

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 23

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Wo die Linke nicht weiss, dass sie die Rechte ist
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Wo die Linke nicht weiss, dass sie die Rechte ist

Von Alphonse Max

Der lateinamerikanische Weg von Diktaturen alten Typs zu Diktaturen neuen Typs verläuft nicht gradlinig, sondern krumm. Und sehr krumm verläuft auch die ideologische Unterscheidung. Erst das kommende Endprodukt wird die rechtsextremen Methoden mit linksextremen Inhalten harmonisch zur totalitären Diktatur verbinden.

Vom kriselnden Argentinien ...

In Argentinien herrschte Unruhe in den Streitkräften, ein bedenkllicher Zustand, weil er bei einer Militärregierung natürlich direkten Einfluss auf das politische, wirtschaftliche und soziale Leben des Landes ausübt.

Das unterirdische Kriseln begann sich an der Oberfläche bemerkbar zu machen mit den Streitigkeiten innerhalb der Marine, die teilweise dadurch gelöst wurden, dass der Chef der Kriegsmarine, Admiral Gnavi, versprach, bis Ende des Jahres von seinem Posten abzutreten. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt mit der dramatischen Erhebung der Heeresgarnisonen von Azul und Olavarria. General-Präsident Alejandro Lanusse hatte den Aufstand als «absurd und reaktionär» bezeichnet und ihm jederlei Bedeutung abgeschrieben. Um zu unterstreichen, dass völlige Ruhe im Lande herrschte, begab er sich sofort auf seine geplante Reise nach Peru und Chile.

Aber während Präsident Lanusse sich in Lima mit dem Chef der linken Militärregierung Perus, General Velasco Alvarado, unterhielt, den er als seinen «langjährigen Freund» bezeichnete, und erklärte, die argentinische Regierung sei «Zentrum links», nahmen die Sicherheitsbehörden in Buenos Aires (die den Expräsidenten Levingston, der wenige Tage vor der Erhebung die Lanusse-Regierung bei einer Pressekonferenz kritisiert hatte, und einige andere Generäle verhaftet, aber gleich wieder freigelassen hatten) Dutzende von Personen innerhalb und ausserhalb der Streitkräfte und aus den verschiedensten politischen Richtungen fest.

Der frühere Präsident Arturo Frondizi sollte in den Putschversuch verwickelt sein, und es wurde ein Haftbefehl gegen seinen ehemaligen Wirtschaftsberater Rogelio Frigerio erlassen. Sowohl die linke Gruppierung ENA (Nationales Treffen der Argentinier) samt den wichtigsten prokommunistischen Verbänden des Landes als auch die sogenannte «Stunde des Volkes» (die aus Peronisten, Volksradikalen, Volkskonservativen, Fortschrittlichen Demokraten und Sozialisten zusammengebastelt ist) verurteilten den «ultrarechten Putsch», obgleich die politischen Kreise um Frondizi und Frigerio eher als links zu bezeichnen wären.

Dass sich Frondizi-Anhänger an der Verschwörung beteiligten, deren Inspiratoren teils vehemente Nationalisten und teils Leute sind, die kein Interesse an Wahlen haben, und schon gar nicht im März 1973 wie von Lanusse geplant, weil sie innerhalb der Militärregierung Machtpositionen innehaben, die sie nicht aufgeben möchten, ist

erklärlich. Sie wollen einen politischen Weg torpedieren, der auf eine Uebergabe der Macht an die Peronisten oder Volksradikalen hinausläuft, und hoffen dagegen, die Koalition von 1958 zu wiederholen, bei der praktisch der Peronismus mit Hilfe von Frondizi die Regierung stellte.

Die unmittelbare Folge des Putsches, obgleich oder vielleicht gerade weil er keinesfalls so lächerlich war, wie es Lanusse hinstellte, war eine Säuberung innerhalb der Streitkräfte und eine einstweilige Stärkung der Regierung sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet. Dass sich dies jedoch nicht in einem Aufschwung der Wirtschaft widerspiegelt, ist schon daraus ersichtlich, dass der argentinische Peso ständig fällt. In den drei Jahren der Ongania-Regierung erlebte Argentinien eine wirtschaftliche Blüte wie seit Jahrzehnten nicht; der Peso blieb stabil auf 4:1 zum Dollar. In den 18 Monaten seit Onganias Sturz ist der Peso auf 9,50 je Dollar gefallen, und die Wirtschaft stagniert.

... zur kontinentalen Guerillatätigkeit

Auch die *Guerillatätigkeit* geht in Argentinien pausenlos weiter: In Buenos Aires, Rosario, Cordoba, Tucuman, Santa Fe — in allen grössten Städten ereignen sich täglich Raubüberfälle und Bombenanschläge.

Allerdings sind derartige Unruhen auch in anderen Ländern zu verzeichnen, darunter in Kolumbien, wo die Terroristen vor einiger Zeit sehr schwere Niederlagen erlitten hatten. Bei einem Attentat entkam der Chef der Kadettenschule in Bogota knapp mit dem Leben. Es handelt sich um den General Valencia Tovar, der vor einiger Zeit die 5. Heeresbrigade leitete, die die Guerilla in harten Kämpfen praktisch aufrieb. Sofort nach dem Mordversuch nannte sich die ELN («Befreiungsarmee») für die «Hinrichtung» des Generals verantwortlich; die Guerilleros, die mit dem Leben davongekommen und aus dem Urwald in die Städte geflüchtet waren, hatten ihm Rache geschworen. Paradoxerweise war Valencia Tovar, der der Verfasser mehrerer Abhandlungen über «Gewalt in Kolumbien» ist, von zahlreichen Kritikern als «Fortschrittlicher» abgestempelt worden, und es soll gerade dieser Ruf gewesen sein, der zu seiner Versetzung in die Kadettenschule Anlass gegeben hatte.

In Uruguay wurde vor wenigen Wochen die Bekämpfung der Tupamaros dem Heer übergeben. Seitdem wurden 62 Terroristen verhaftet (mehrere davon gehören zu der Gruppe von 106, die vor kurzem aus dem Frauengefängnis und dem Gefängnis von Punta Carretas entkommen waren) und grosse Mengen von geraubten Waffen und gestohlenen Gegenständen verschiedenster Art

beschlagnahmt. Zur selben Zeit drang die Polizei in das Hauptgebäude der Montevideaner Universität ein, allerdings nicht überraschend. Trotzdem wurde ein riesiges Lager von Brennstoff, Flaschen, Schleudern, Nägeln und anderen Metallstücken, Messern und einer Pistole gefunden, dazu Briefe von Angehörigen des nordamerikanischen Agrarexperten Claude L. Fly, der sieben Monate in einem Tupamarogefängnis verbracht hatte; die Familie hatte die Briefe für Claude Fly an den Rektor der Universität gesandt, mit der Bitte, sie an die Tupamaros weiterzuleiten. Um nicht eventuell die Moral der Tupamaros mit den larmoyanten Briefen zu beeinflussen, hatte seine Magnifizenz die Briefe nicht an den Adressaten weitergeleitet.

Während die uruguayischen Terroristen (nicht die Tupamaros, sondern eine trotzkistische Nebenorganisation) einen entführten Industriellen freilassen, nachdem er einen Herzinfarkt erlitten hatte, verschleppten sie den Direktor der Zeitung «El Dia», eine Tageszeitung, die am Vortage einen Artikel von Salvador de Madariaga mit einigen elementaren Wahrheiten über die Verbrecherbanden, die sich Stadtguerilleros nennen, abgedruckt hatte. Es stellte sich jedoch heraus, dass der Zeitungsdirektor schwer herzkrank war, und die Entführer beschlossen, ihn nach sechs Tagen wieder auf freien Fuss zu setzen.

Das musste kommen: Diplomaten verstecken sich und verlangen für ihre «Freilassung» Lösegeld

In Mexiko-City wurde der Direktor des internationalen Flughafens gekidnappt und gegen ein Lösegeld freigelassen.

In der venezolanischen Hauptstadt Caracas wurde die angebliche Entführung der Konsulin der Dominikanischen Republik als ein Betrug entpuppt — es wurde 1 Million Dollar für ihre Freilassung gefordert —, den sie zusammen mit ihrem Neffen, Adoptivson und Vizekonsul ausgeheckt hatte. Die Polizei fand sie in einer Wohnung von Bekannten versteckt und verwies sie des Landes. Dass Entführungen ein profitables Geschäft sein könne, hat sich inzwischen herumgesprochen, so dass sich die Anhänger dieser geldbringenden Idee natürlich vermehrt haben.

Chile: Die Freizügigkeit nähert sich der Norm

Der Staatsbesuch Castros in Chile hat zu einem Zeitpunkt stattgefunden, da die Affinitäten zwischen den beiden Regimes auch sonst deutlicher werden.

Die Regierung in Ostberlin errichtete eine Mauer, weil sie keine Volksabstimmung mit den Füßen wollte. Jetzt hat Fidel Castro erkannt, dass auch eine Volksabstimmung mit Flugzeug keinen Prestigegewinn bedeutet. Er hat die Flügel der Pan American nach Miami, mit denen monatlich 4000 Kubaner aus Kuba fliegen durften, endgültig verboten.

Und es scheint, dass das zweite «sozialistische» Land Lateinamerikas, Chile, in nicht allzu entfernter Zukunft diesem Beispiel folgen wird. Sowohl Ein- als Ausreisen werden immer schwieriger, benötigen immer mehr Unterlagen und vor allem Zeit, um die nötige Erlaubnis zu erhalten.

Die chilenischen Christlich-Demokraten beschuldigen Allende, das Land in eine schwere Wirtschaftskrise zu führen, und sie sagen das Wirtschaftschao voraus. Die Inflationsrate steige, genauso wie die Arbeitslosigkeit, und «antidemokratische Entgleisungen» verschiedenster Art würden immer häufiger. Das war natürlich zu erwarten gewesen, und die Christlich-Demokraten sind an dieser Entwicklung — die sie hätten voraussehen müssen — nicht ganz unbeteiligt: Sie haben ja mit ihrer Stimme im Parlament die Präsidentschaft Allendes ermöglicht und eine Reihe von Allendes Massnahmen gutgeheissen. Was die Verstaatlichung der Kupfergruben betrifft, so hat Allende einen neuen Trick erfunden, um die nordamerikanischen Unternehmen nicht zu entschädigen und kaltblütig zu erklären, dass diese dem chilenischen Staat sogar noch Geld schuldeten: Den Kupferunternehmen wurde vorgeworfen, zu grosse Gewinne verzeichnet zu haben. Die Kennecott muss 410 Millionen Dollar von ihrer Grube «El Teniente» einbehaltene Gewinne zurückgeben, wogegen der Buchwert der Gesellschaft auf 140,7 Millionen Dollar geschätzt wird. Anaconda wird mit erhöhten Gewinnen von 300 Millionen Dollar für «Chuquicamata» und 64 Millionen Dollar für «El Salvador» belastet. Dies ist die sogenannte «Allende-Doktrin», und sie wird sicherlich in anderen Ländern Lateinamerikas Nachahmer finden, wenn es darum geht, ausländisches Eigentum entschädigungslos zu enteignen. Als Peru die International Petroleum Company enteignete, konnte man sich auf gewisse Unklarheiten in den Verträgen stützen und nichtbezahlte Steuern fordern, die weit höher waren als der Wert der Gesamtinvestitionen, aber der chilenische Trick ist wieder eine andere Masche.

Während Spruille Braden, früherer US-Botschafter in Kolumbien und Argentinien, der seine Kindheit in Chile verlebt hat, erklärte, die chilenischen Enteignungen seien nichts anderes als Raub, forderte Allende Verständnis in den USA. Er hoffte, dass keine Repressalien gegen Chile angewendet werden, und erinnerte daran, dass der «Entschädigungsprozess ebenso wie der Entschluss zur Verminderung der Entschädigung einstimmig aufgrund einer Verfassungsreform angenommen wurde, die von einem der ältesten Kongresse der Welt, in dem seine Regierung in der Minderheit ist, verabschiedet wurde». Für den Fall, dass diese «Erklärung» auf wenig Verständnis stossen sollte, fügte Allende die Drohung hinzu, dass Chile bereit sei, auch «andere Länder» um Kredite anzusuchen, wenn die USA die Wirtschaftshilfe verweigern.

Soweit sich die veröffentlichte Meinung in den USA zurzeit überhaupt mit Lateinamerika befasst, glaubt sie, dass Washington auf diese Chantage eingehen sollte, «um Chile nicht auf einen noch stärkeren Linkskurs zu zwingen». Aber es ist wohl kaum anzunehmen, dass die Nordamerikaner sich in Chile immer weiter ausplündern lassen, wenn sie gleichzeitig als Imperialisten und Neokolonialisten abgestempelt werden.

Debattierte Investitionen

In Hamburg wurde vor kurzem eine Konferenz über *Direktinvestitionen* in Lateinamerika abgehalten. In der Enderklärung dieses Kongresses heisst es unter anderem, dass ausländische Investitionen in Lateinamerika willkommener

wären, wenn sie in grösserem Masse zu Aufbau und Stärkung der Exportindustrie sowie zur Anwendung neuer Technologie beitragen und sich mehr mit einheimischen Kapitalien verbänden. Der peruanische Botschafter in Bonn wies dringlich auf die Gefahr hin, dass Lateinamerika dem Westen verlorengehen könne, wenn dieser mit seiner «kurzsichtigen Politik» fortfahre. Der Direktor der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer entgegnete, die Lateinamerikaner müssten die Tatsache akzeptieren, dass die Auslandsinvestitionen gewinnbringende Ziele verfolgten und keine Wohltätigkeitsinstitute seien. Natürlich ist es gerade das, was die Lateinamerikaner nicht verstehen wollen. Deshalb wenden sich auch verschiedene von ihnen mehr und mehr dem Sowjetblock zu, dessen Propaganda, dass es sich bei seinen Investitionen nur um Freundschaftsbeziehungen handle, sie angeben zu glauben. So wurde beispielsweise die Eröffnung einer neuen *Schiffahrtslinie* vom Baltischen Meer zum Stillen Ozean beschrieben. Seit August legen sowjetische Handelsschiffe regelmässig alle drei Wochen in venezolanischen, kolumbianischen, ecuadorianischen, peruanischen und chilenischen Häfen an: La Guayra, Puerto Limon, Chimbote, Iquique, Valparaiso usw.

In Mittelamerika hat die Sowjetunion ihr Augenmerk vor allem auf *Costa Rica* gerichtet. Obgleich die Schritte zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vorläufig rückgängig gemacht wurden, nachdem es sich erwiesen hatte, dass die Sowjetunion die Aufstellung von Guerrillabanden in Mexiko begünstigte, bleiben die Handelsbeziehungen verhältnismässig rege. Die UdSSR versprach, während fünf Jahren mindestens 6000 Tonnen Kaffee jährlich zu kaufen, und gewährte Costa Rica einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar. Wie ein Hohn erscheint jedoch, dass die Genossen in der Sowjetunion einen Handelsvertrag mit der von ihnen selbst und sämtlichen linksextremistischen Lateinamerikanern jahrzehntelang zum «Pfeiler des USA-Imperialismus und der nordamerikanischen Ausbeutungspolitik» erhobenen United Fruit Company diskutiert!

Panama: Doppelmotiv Bankzentrum und nationaler Opfergang

In *Guatemala* liess die Zentralbank verlauten, dass *Panama* zum Finanzzentrum Lateinamerikas werden könnte, und zwar durch Einführung eines Systems für freien Handel mit Schatzscheinen, Aktien und anderen internationalen Werten.

Die Bank versicherte, dass die von Panama aus getätigten Transaktionen sehr bald zur Entstehung eines «Latindollars» — eines Gegenstücks zum Eurodollar — führen könnten. Zurzeit liegen in Panama bedeutende Depositen (schätzungsweise 300 Mio. Dollar) in den Filialen europäischer und nordamerikanischer Banken, und die geographische Lage Panamas, fehlende Kontrollbestimmungen, günstige Steuerbestimmungen und die Monopolstellung des Dollars als Umlaufwährung begünstigen die Einrichtung eines internationalen «Freihafens für Wertpapier» in dem Land. Dagegen spricht die fehlende Stabilität. In einer Rede zum 3. Jahrestag seiner Machtübernahme bezog sich General-Präsident Omar Torrijos auf die Verhandlungen über einen neuen Kanalvertrag, die in Washington stattfinden. Er sagte, dass es «keinem Volk ge-

fallen kann, in seinem Herzen eine fremde Flagge wehen zu sehen». Wenn sich Panama am Verhandlungstisch enttäuscht fühlen sollte, so wäre «die Stunde gekommen, dass eine Generation ihr Leben opfert, damit kommende Generationen ein freies Land haben». Der 1903 unterschriebene Vertrag, der den USA die Kontrolle des Kanals auf Ewigkeit zuspricht, mag heute vielleicht überholt erscheinen. Nie erwähnt wird jedoch, dass Panama im Jahr 1903 mit Hilfe der USA von Kolumbien losgelöst wurde, unter der Bedingung, einen Streifen Land zum Bau eines Kanals zwischen Pazifik und Atlantik abzugeben. Als 1914 der Bau des Kanals beendet war, erkannten die USA die Unabhängigkeit der Republik Panama an. Mit anderen Worten: Gäbe es keinen Panamakanal, bestünde möglicherweise auch keine Republik Panama, und das Land wäre wahrscheinlich noch heute ein Teil Kolumbiens.

Während die Militärregierung in Panama hysterisch Washington beschimpft und bedroht, hat die neue Regierung des Obersten Banzer in Bolivien begonnen, die Beziehungen zu den USA und den anderen westlichen Staaten wieder zu verbessern. Um dies zu bewerkstelligen, sah er sich sogar genötigt, die im sogenannten Vertrag von Lima im Dezember vorigen Jahres von den Staaten der «Andengruppe» bestimmte Einschränkungen für Auslandsinvestitionen zu übersehen, da es sich herausgestellt hat, dass seit dem Abkommen der Strom von ausländischem Kapital in die Andenblockländer stark abgenommen hatte. Allein der offensichtlich gute Wille Banzers hatte als Folge Kreditangebote der Bank of America (für die Grubenindustrie) und der First National City Bank (zur Entwicklung einer Baumwollindustrie); die deutsche Bundesrepublik bot 12 Millionen Dollar an, und die Schweiz hat einen Vertrag unterschrieben, wonach 1,2 Millionen Dollar Kredit für die bolivianische Viehwirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Für denselben Zweck hat auch die Weltbank ihre Hilfe angeboten, und die Internationale Entwicklungsbank studiert die Möglichkeit, den Bau von Strassen und Brücken zu finanzieren. Japan ist daran interessiert, Kapital in die Förderung der Eisengruben bei Mutun zu investieren.

Wir gratulieren herzlich

den folgenden Mitgliedern unseres Beratenden Ausschusses, die Ende Oktober erstmals in den Nationalrat delegiert worden sind:

Frl. Josi Meier, Luzern, CVP
Herrn Hans Rüegg, Zürich, FDP
Herrn Friedrich Salzmann, Bern, LdU
(zugleich Mitglied unserer Pressekommission und Verlagsautor);

und den folgenden Mitgliedern unseres Beratenden Ausschusses, die ehrenvoll wiedergewählt worden sind:

Herrn Jakob Bächtold, Bern, LdU
Herrn Ernst Bircher, Bern, SP
Herrn Raymond Déonna, Genf, LD
Herrn Kurt Furgler, St. Gallen, CVP
Herrn Peter Grünig, Aargau, FDP
Herrn Franco Masoni, Tessin, FDP
Herrn Willy Sauser, Zürich, EVP
Herrn Leo Schürmann, Solothurn, CVP
Herrn Rodolphe Tissières, Wallis, CVP
Herrn Alfred Weber, Uri, FDP